

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Ausschussdienst und Stenografischer Dienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Umwelt- und Agrarausschuss**

18. WP - 31. Sitzung

am Mittwoch, dem 5. März 2014, 10 Uhr  
im Sitzungszimmer 342 a des Landtags

### **Anwesende Abgeordnete**

Hauke Göttisch (CDU)

Vorsitzender

Heiner Rickers (CDU)

Sandra Redmann (SPD)

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

i. V. v. Marlies Fritzen

Oliver Kumbartzky (FDP)

Angelika Beer (PIRATEN)

Flemming Meyer (SSW)

### **Fehlende Abgeordnete**

Klaus Jensen (CDU)

Kirsten Eickhoff-Weber (SPD)

Dr. Gitta Trauernicht (SPD)

Bernd Voß (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

**Einzigster Punkt der Tagesordnung:**

**Anhörung**

**Landesförderung für Katzenkastration**

Antrag der Fraktion der PIRATEN

[Drucksache 18/1289](#)

Der Vorsitzende, Abg. Göttisch, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Einzigster Punkt der Tagesordnung:

### **Anhörung**

#### **Landesförderung für Katzenkastrationen**

Antrag der Fraktion der PIRATEN

[Drucksache 18/1289](#)

(überwiesen am 20. November 2013)

hierzu: [Umdrucke 18/2338](#), [18/2502](#), [18/2503](#), [18/2562](#), [18/2563](#)

Frau Zempel vom Städtebund und Frau Dallal vom Landkreistag tragen die Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Landesverbände vor (siehe [Umdruck 18/2563](#)).

Diesem Umdruck sind auch die Antworten auf die in der anschließenden Diskussionen aufgeworfenen Fragen zu entnehmen.

Der Deutsche Tierschutzbund hat dem Ausschuss die aus [Umdruck 18/2503](#) ersichtliche Stellungnahme zukommen lassen, das Veterinäramt des Kreises Nordfriesland die aus [Umdruck 18/2562](#) ersichtliche Stellungnahme.

Herr Koch vom Bund praktizierender Tierärzte gibt zu bedenken, dass es keinerlei rechtliche Regelung für Katzen mit Ausnahme der wildlebenden Katzen im Landesjagdgesetz gebe. Zur Regulierung der Katzenpopulation hält er drei Maßnahmen notwendig: erstens eine Kennzeichnungspflicht, zweitens eine Sicherstellung der Kastration freilaufender Katzen, und zwar sowohl der wildlebenden als auch der Freigänger, und drittens eine Registrierungspflicht. Eine derartige Registrierung könne beispielsweise bei TASSO erfolgen. TASSO wäre bereit, die Registrierung flächendeckend für Schleswig-Holstein zu übernehmen. Herr Sauerzweig-Strey ergänzt, dass auch der Deutsche Tierschutzbund dafür zur Verfügung stehe.

Im Folgenden werden in dieser Niederschrift nur diejenigen Aspekte wiedergegeben, die nicht den schriftlichen Stellungnahmen zu entnehmen sind.

Im Rahmen einer kurzen Diskussion über die Gebühren von Kastrationen wird darauf hingewiesen, dass es sich bei der Gebührenordnung für Tierärzte um eine bundesrechtliche Regelung handelt. Diese Gebührenordnung - so Herr Koch - biete sowohl für Tierärzte als auch für Kunden Verlässlichkeit. Die Gebühren variierten, da es unterschiedliche Operationsmethoden gebe. Im Übrigen beinhalte ein solcher Preis für eine Kastration in der Regel auch Narkose, Medikamente und Nachuntersuchung. Die Gebührenordnung stelle ferner sicher, dass Tierärzte ein auskömmliches Auskommen hätten, aber auch, dass beispielsweise Tierärzthelferinnen nicht in prekären Arbeitsverhältnissen seien.

Im Rahmen der folgenden Diskussion erklärt Abg. Redmann, die Regierungsfraktion seien gewillt, tätig zu werden, allerdings nicht in dem im Antrag der Piratenfraktion genannt finanziellen Rahmen.

Abg. Matthiessen erkundigt sich danach, ob es möglich sei, Katzen gegebenenfalls einzuschläfern. Daraufhin verweist Herr Sauerzweig-Strey auf das Tierschutzgesetz. Herr Dr. Schulze weist auf das Merkblatt der Tierärztlichen Vereinigung für Tierschutz e.V. „Mindestanforderung an Katzenhaltungen“ hin. Danach sei bei Katzen, die nicht an Menschen gewöhnt seien und bei denen eine Rückbringung in ihr Habitat nicht möglich sei, unter Umständen eine Euthanasie möglich. Für einen solchen Fall gebe es aber sehr hohe Hürden.

Im Rahmen der Diskussion berichten die Anzuhörenden von einem ersten Arbeitsgespräch im Ministerium zu der Problematik. Der Ausschuss bittet darum, darüber vom Ministerium schriftlich informiert zu werden.

Der Vorsitzende, Abg. Göttisch, schließt die Sitzung um 11:15 Uhr.

gez. Hauke Göttisch  
Vorsitzender

gez. Petra Tschanter  
Geschäfts- und Protokollführerin